

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 62. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. November 2008, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Wilfried Wengler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Ergebnisse der 323. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 16. und 17. Oktober 2008 in Saarbrücken	4
2. Frauenpolitik in Schleswig-Holstein	5
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/1829 (neu)	
hierzu: Umdruck 16/3516	
3. Unterrichtssituation im Schuljahr 2007/08	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2212	
4. Bericht für 2007 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2235	
5. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes	9
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1380 (neu)	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2248	
6. Jugend in Schleswig-Holstein	10
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/2228	
7. Beschlüsse des 20. Altenparlaments am 5. September 2008	11
Umdruck 16/3520	
8. Terminplanung 2009	12
Umdruck 16/3560 (neu)	
9. Verschiedenes	13

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Abg. Birk kritisiert, dass die Hausspitze des Wissenschaftsministeriums nicht vertreten ist und daher der auf der vorläufigen Tagesordnung aufgeführte Punkt „Lehrerbildung an der Universität Flensburg“ nicht behandelt werden kann. - Die Vorsitzende sagt zu, dafür zu sorgen, dass die Spitzen der betroffenen Ressorts generell in den Ausschusssitzungen anwesend sind.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Ergebnisse der 323. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 16. und 17. Oktober 2008 in Saarbrücken

M Erdsiek-Rave berichtet über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz (Qualifizierungsinitiative, inhaltliche Anforderungen an das Lehramtsstudium, Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber, Teilnahme an internationalen Schulleistungsuntersuchungen).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/3516

Abg. Spoorendonk bittet um Informationen zu dem in Berlin praktizierten Gender Budgeting.
- Ausschussgeschäftsführer Schmidt wird gebeten, entsprechende Informationen einzuholen.

Auf eine Frage von Abg. Birk erwidert M Erdsiek-Rave, mit den Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen stehe man über die Arbeitsgemeinschaft in einem regelmäßigen Austausch. Gesetzlich festgeschrieben sei lediglich die Frage der Hauptamtlichkeit; auf die Arbeitsbedingungen der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen habe die Landesregierung keinen direkten Einfluss, hier könne man nur beratend tätig sein.

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Kenntnisnahme zu empfehlen. Er bittet den Sozialausschuss, die Einladung zu einer mündlichen Anhörung den Mitgliedern des Bildungsausschusses zur Kenntnis zu geben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Unterrichtssituation im Schuljahr 2007/08

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2212

(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Klug fordert die Bildungsministerin auf, zu dem aktuell von Schullehrernbeiräten und vom Philologenverband beklagten Unterrichtsausfall an Gymnasien, insbesondere in der Mittelstufe, Stellung zu nehmen. Außerdem bittet er darum, dem Bildungsausschuss die Stellungnahmen des Bildungsministeriums zu den Schreiben der Landeselternbeiräte zuzuleiten.

M Erdsiek-Rave führt aus, Ansprechpartner für das Ministerium seien in erster Linie die Landeselternbeiräte. Briefe von Schulen oder Eltern würden vom Ministerium beantwortet, die Antwortschreiben wolle sie generell nicht Dritten zugänglich machen. Der bloße Vergleich zwischen Schülerzahlen und Lehrerstellenzahlen sei nicht ohne Weiteres zulässig. Entscheidend für die Unterrichtsversorgung seien vor allem die Klassengrößen, die in Schleswig-Holstein nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt lägen, insbesondere bei den Realschulen, aber auch bei den Gymnasien. Es sei Aufgabe der Schulaufsicht, für eine möglichst ökonomische Klassenbildung zu sorgen.

Zur Unterrichtssituation an den Gymnasien teilt die Ministerin mit, zum 1. Februar 2009 erhielten die Gymnasien die ersten 75 Stellen aus dem Zukunftspakt der Landesregierung. Darüber hinaus könnten schon ab Mitte November weitere 30 nicht besetzbare Stellen aus dem berufsbildenden Bereich bis Ende des laufenden Schuljahres zugunsten der Gymnasien genutzt werden, um aktuellen Engpässe an den Gymnasien zu begegnen. Die Stellen sollten mit Erstexaminieren besetzt werden, die zum 1. August 2009 ihr Referendariat in Schleswig-Holstein beginnen könnten. Die Leiter der berufsbildenden Schulen seien über die Maßnahme informiert worden.

Der Bildungsausschuss begrüßt die Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtssituation an den Gymnasien.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug stellt Frau Birkner richtig, der Indikator „Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler“ betrage für die öffentlichen Gymnasien in Schleswig-Holstein 1,19 und für alle Gymnasien im Lande durchschnittlich 1,32.

Abg. Dr. Klug problematisiert die Tatsache, dass sich die Lehrerzuweisung an den Schülerzahlen des abgelaufenen Schuljahres orientiere, und fragt nach Möglichkeiten der Nachsteuerung an den von Schülerzuwächsen besonders stark betroffenen Gymnasien. Außerdem weist er darauf hin, dass durch die Rückzahlung der Vorgriffsstunde Unterrichtskapazität in erheblicher Größenordnung wegfalle.

Abg. Birk macht darauf aufmerksam, dass Schulen bei der Klassenbildung oft keine Entscheidungsfreiheit hätten, und erkundigt sich nach dem Ausmaß des Unterrichtsausfalls an Realschulen. Außerdem beklagt sie den Zustand, dass junge Lehrkräfte das Land wegen schlechter Beschäftigungsverhältnisse oft verließen und die Prüfungstermine für das Erste Staatsexamen häufig nach Ablauf der Bewerbungsfrist für einen Referendariatsplatz lägen.

M Erdsiek-Rave äußert, für die Gymnasien werde im Rahmen des Personalzuweisungsverfahrens ein Teil der Stellen zurückgehalten, um eine Nachsteuerung vornehmen zu können, denn eine Verlagerung von Stellen aus anderen Schulkapiteln habe ihre Grenzen. Zu den Auswirkungen der Arbeitszeitverlängerung und der Rückzahlung der Vorgriffsstunde auf das Ausmaß der Stellen und damit der Unterrichtsversorgung werde sie noch einmal schriftlich Stellung nehmen. Zum 1. Februar 2009 und 2010 kämen jeweils 75 zusätzliche Lehrkräfte an die Gymnasien sowie an die Regional- und Gemeinschaftsschulen. Die derzeitige durchschnittliche Klassengröße an den schleswig-holsteinischen Realschulen sei im Interesse einer guten Unterrichtsversorgung für alle wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Die Ministerin versichert, dass das Thema Sicherung des Lehrernachwuchses im Zusammenwirken mit allen Beteiligten für die Landesregierung Priorität habe. Angestellten- und Vertretungsverträge sowie befristete Beschäftigungsverhältnisse müsse es aus Gründen der Flexibilität geben, um temporäre Ausfälle aufzufangen. Außerdem würden dadurch Bewerber zumindest im System gehalten. Von 1.000 Angestellten habe man nur ungefähr 100 über die Sommerferien nicht weiterbeschäftigen können. Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Klug teilt sie mit, die Kapazitätsverordnung wolle man erweitern, um mehr junge Lehrkräfte halten zu können.

Der Ausschuss nimmt den diesjährigen Bericht zur Unterrichtssituation, Drucksache 16/2212 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht für 2007 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der
„Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2235

(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den Bildungsausschuss zur abschließenden
Beratung)

Abg. Müller regt an, dass der Bildungsausschuss einmal das Jüdische Museum in Rendsburg besucht.

Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung, den Ausschuss über aktuelle Entwicklungen, wie zum Beispiel die geplante Errichtung des Instituts für baltische und skandinavische Archäologie, unaufgefordert und regelmäßig auf dem Laufenden zu halten.

RL Dr. Opitz teilt mit, die Landesregierung beabsichtige, dem Landtag Anfang 2009 eine Novellierung des Stiftungsgesetzes zuzuleiten und unter anderem die Aufgaben des Vorstandes ein bisschen anders zu justieren. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz - damit beantwortet er eine Frage von Abg. Birk - würden ab 2009 in Angriff genommen.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht zur Stiftung Schloss Gottorf abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1380 (neu)

(überwiesen am 7. Juni 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Bildungsausschuss)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2248

(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den **Bildungsausschuss** und den Innen-
und Rechtsausschuss)

(Verfahrensfragen)

Der Bildungsausschuss sowie der Innen- und Rechtsausschuss werden zu beiden Gesetzentwürfen schriftliche Stellungnahmen einholen. Über den Kreis der Anzuhörenden wollen sich die Ausschussmitglieder am Rande der kommenden Landtagstagung verständigen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Jugend in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2228

(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Bildungsausschuss kommt überein, sich der vom federführenden Sozialausschuss beschlossenen Anhörung anzuschließen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlüsse des 20. Altenparlaments am 5. September 2008

Umdruck 16/3520

Der Bildungsausschuss nimmt die Beschlüsse des 20. Altenparlaments zur Kenntnis und überlässt die Stellungnahme und mögliche parlamentarische Initiativen den Fraktionen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung 2009

Umdruck 16/3560 (neu)

Der Bildungsausschuss beschließt die in Umdruck 16/3560 (neu) aufgeführten Sitzungstermine 2009.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende gibt bekannt, dass am Mittwoch, dem 12. November 2008, 13:30 bis 14:30 Uhr (in der Mittagspause des ersten Plenartags), ein Gespräch mit der **Musikhochschule Lübeck** stattfindet.
- b) Der Ausschuss folgt dem Antrag von Abg. Birk, in der nächsten Sitzung, am 27. November 2008, zum Tagesordnungspunkt „**Lehrerausbildung an der Universität Flensburg**“ auch deren Rektor, Prof. Dr. Dunkel, zu hören.
- c) Der Ausschuss kommt überein, in der nächsten Sitzung mit St Maurus die Frage der Zukunft der **Landeszentrale für politische Bildung** ergebnisoffen zu erörtern.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer